

Die Linkspartei.PDS
Landesverband Sachsen-Anhalt

Positionen zu den Wahlprüfsteinen des Verbandes der Wohnungswirtschaft und des Verbandes der Wohnungsgenossenschaften Sachsen-Anhalt

Zur Bedeutung des Wohnens und der Wohnungswirtschaft

Eine sichere, dem Bedarf entsprechende Wohnung gehört für uns zu den Grundvoraussetzungen sozialer Sicherheit und Menschenwürde. Wir sind uns bewusst, dass die Wohnungsunternehmen Ihrer Verbände in den letzten Jahren viel für ein sozial sicheres und qualitativ hochwertiges Wohnen in Sachsen-Anhalt geleistet haben. Mit umfangreichen Investitionen in die Wohnungsbestände haben sie dazu beigetragen, den Wohnstandard wesentlich zu erhöhen und darüber hinaus den Kommunen wieder ein ansprechendes Gesicht zu geben.

Die Wiederherstellung intakter Stadtstrukturen und funktionierender Wohnungsmärkte war und ist ein Baustein zum Erhalt von Arbeitsplätzen in der regionalen Bauwirtschaft und damit zur Wiederbelebung regionaler Wirtschaftskreisläufe, die die Wohnungswirtschaft wie kein anderer Wirtschaftszweig befördert hat. Diesen positiven Effekt für Arbeit und Beschäftigung und für qualitativ gutes und sicheres Wohnen, den die Wohnungs- und die Bauwirtschaft in den Kommunen und Regionen leisten, wollen wir fördern und unterstützen.

Wir treten für eine bedarfsgerechte öffentliche Wohnungsförderung ein - vor allem in den Innenstädten. Den Focus der Förderung richten wir auf kinder- und familienfreundliches Wohnen und bezahlbare Wohnformen für alle Menschen.

Die Hartz-Gesetze haben die Städte und Gemeinden mit neuen sozialen Problemen und Aufgaben überhäuft und wurden ohne Mitwirkungsrechte der kommunalen und wohnungswirtschaftlichen Spitzenverbände ausgehandelt. Eine weitere Belastung der Kommunen durch die Umsetzung der Hartz IV-Gesetze und eine weitere Kappung der Wohn- und Unterkunfts-Zuschüsse durch den Bund lehnen wir ab. Wir haben diese Gesetze von Anfang an abgelehnt.

Wir sehen durchaus auch die Gefahr der weiteren sozialen Entmischung bis hin zur Ghettobildung durch eine soziale Isolierung der Umsetzung der Hartz IV-Gesetze. Die Linkspartei.PDS fordert deshalb, dass die Kosten der Unterkunft in Übereinstimmung mit § 22 SGB II in tatsächlicher Höhe übernommen werden und wirkt dort, wo sie Verantwortung in den Kommunen trägt, darauf hin, dass es zu Zwangsumzügen möglichst nicht kommt.

Stadtumbau bleibt Aufgabe über 2010 hinaus

Bei der Regional- und Landesplanung, insbesondere beim Stadtumbau muss die demografische Entwicklung künftig noch stärker berücksichtigt werden.

Der Flächenverbrauch pro Einwohner ist in Sachsen-Anhalt gestiegen. Das soll nach unserer Auffassung nicht so bleiben. Wir brauchen nicht immer mehr betonierete Flächen und große Verkaufseinrichtungen auf der sogenannten „grünen Wiese“. Wir sehen es als dringend geboten an, zu einer vorsorgenden Flächenhaushaltspolitik überzugehen. Dabei geht es um die Wiederbelebung der Innenstädte und der Ortskerne und die Entwicklung des Wohnungsbestandes, so dass er an den tatsächlichen Bedarf, auch generationengerecht, angepasst wird. Wir unterstützen die kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsunternehmen bei der Entwicklung von bedarfsorientierten Wohnungsangeboten.

Den Stadtumbau sehen wir als zentrale städtebauliche und wohnungspolitische Herausforderung der nächsten Jahre mit weitreichender Bedeutung für die wirtschaftliche Belebung und den sozialen Zusammenhalt in Sachsen-Anhalt an. Deshalb begrüßen und

unterstützen wir den Vorschlag Ihres Gesamtverbandes für ein gemeinsames Stadtumbauprogramm für ganz Deutschland ab 2010. Bei der Unterstützung Ihrer Forderung nach Altschuldenentlastung der Wohnungsunternehmen, die sich am Stadtumbau beteiligen, finden Sie in der Linkspartei.PDS wie bisher einen verlässlichen und streitbaren Partner.

Städtebauförderung an neue Herausforderungen anpassen

Die Linkspartei.PDS sieht es als dringend geboten, die Entwicklung der Städte und Gemeinden dem demografischen Wandel anzupassen. Dazu muss die Förderpraxis verändert, sie soll gebündelt und pauschaliert werden, so dass die Kommunen nicht mit einer Vielzahl von Programmen konfrontiert sind, sondern sie entsprechend ihrer Schwerpunktsetzung vor Ort eigenverantwortlich einsetzen können. Unsere Vorhaben zur Kommunalreform sollen Bürgerinnen und Bürger in die Lage versetzen, über die Entwicklung ihres Ortes selbst zu entscheiden. Dazu gehört für uns auch ein ausgewogenes Netz von sozialen, Kultur- und Bildungseinrichtungen und eine lebendige Vereinstätigkeit in den Kommunen. Dies alles wird zu einem neuen Gesicht der Kommunen führen, in denen man gerne lebt.

Vor dem Hintergrund der Alterung der Bevölkerung, der Migration und der weiteren gesellschaftlichen Entwicklung kommt der Anpassung des Wohnungsbestandes sowie der sozialräumlichen Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern zukünftig noch größere Bedeutung zu. Die öffentlichen und genossenschaftlichen Wohnungsunternehmen wollen wir dabei besonders unterstützen, weil sie damit weiterhin ein bezahlbares Angebot an alten- und bedarfsgerechten Familienwohnungen sichern können.

Ihrem Vorschlag, ein Programm zur altersgerechten Anpassung des Wohnungsbestandes aufzulegen, stehen wir deshalb aufgeschlossen gegenüber. Wir setzen uns ebenfalls für die Fortführung des Programms „Die soziale Stadt“ mit erweiterten ressortübergreifenden Ansätzen u. a. zur Schaffung von Arbeit und Beschäftigung in benachteiligten Stadtteilen ein.

Zur Barrierefreiheit

Die Linkspartei.PDS in Sachsen-Anhalt wird ihre Bemühungen um eine behindertengerechte Gestaltung der Umwelt verstärken und in einem Aktionsprogramm ihre Vorstellungen darüber, wie ein barrierefreies Sachsen-Anhalt erreicht werden soll, vorstellen.

Konkrete Maßnahmen richten sich zunächst vor allem auf die Barrierefreiheit in öffentlichen Gebäuden. Allerdings werden wir angesichts der demografischen Entwicklung nicht nachlassen, die Wohnungseigentümer immer wieder darauf aufmerksam zu machen, dass Mieter auch älter werden und dann oft auf barrierefreie Wohnungen angewiesen sind, wenn sie im bisherigen Umfeld bleiben wollen.

Dafür soll das Stadtumbauprogramm mit genutzt werden. Es bietet vielfältige Chancen, mit innovativen Ideen für barrierefreie Wohnprojekte zu erreichen, dass der Umzug in eine Heimeinrichtung für ältere und behinderte Menschen vermieden wird. Deshalb muss der Anspruch barrierefreien Bauens sehr viel stärkere Anreize erhalten.

Zur Wohnimmobilie als staatlich geförderte Altersvorsorge

Die solidarische Basis der Gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) sollte schrittweise durch die Kombination von Einbeziehung aller Erwerbstätigen in die Versicherungspflicht, Beitragspflicht auf alle Erwerbseinkommen sowie einer deutlichen Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze stabilisiert werden.

Selbstverständlich sprechen wir uns nicht dagegen aus, dass Menschen auch privat für das Alter vorsorgen. Gerade vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung ist dies nur zu verständlich. Wenn es eine staatlich geförderte private Altersvorsorge geben soll, so sind wir dafür, dass selbst genutztes Wohneigentum und genossenschaftliches Wohneigentum dabei gleichberechtigt berücksichtigt werden.

Wir halten die Wohnimmobilie als staatlich geförderte Altersvorsorge für notwendig.

Zu Finanzierungsfragen

Stabile öffentliche Haushalte sind für die Linkspartei.PDS in Sachsen-Anhalt eine wichtige politische Zielgröße – wobei sich das Land auch in dieser schwierigen Haushaltssituation nicht aus seiner sozialen Verantwortung für die Bürgerinnen und Bürger stehlen darf. Unter dem Gesichtspunkt schrumpfender Haushaltsmittel wird es zukünftig wichtiger denn je sein festzulegen, welche öffentlichen Aufgaben der Staat künftig für seine Bevölkerung erfüllen will und welche finanziellen Mittel dafür erforderlich sind.

Wir werden alle im Haushalt verankerten Aufgaben einer radikalen und kritischen Überprüfung unterziehen. Investitionen und Entscheidungen müssen auf ihre langfristigen Wirkungen und ihre Folgekosten hin überprüft werden. Die Linkspartei.PDS Sachsen-Anhalts wird sich nachhaltig für eine Demokratisierung von Haushaltspolitik einsetzen. Mit dem Landeshaushalt wird über die Belange von vielen Betroffenen, von Kommunen, Institutionen, Vereinen und Verbänden entschieden. Darum müssen die Betroffenen in die Erarbeitung und die Entscheidung haushaltspolitischer Ansätze konsequent mit einbezogen werden. Die Entscheidungen möglichst weit nach unten zu verlagern, ist einer unserer demokratischen Grundsätze. Aufgaben, die vor Ort erfüllt werden können, sollen auch dort erledigt werden. Daraus kann sich ein beträchtlicher Abbau von Bürokratie ergeben.

Das Steuerkonzept der Linkspartei.PDS (bundesweit) zielt darauf ab, einerseits die Steuerbelastung unterdurchschnittlicher Einkommen zu verringern und andererseits der öffentlichen Hand deutlich höhere Einnahmen für die öffentliche Daseinsvorsorge – u. a. auch für die Kofinanzierung der Städtebauförderung bzw. des Stadtumbaus zu verschaffen.

Dazu gehört für uns die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer und die Wiedereinführung der 1991 abgeschafften Börsenumsatzsteuer. Vermögen bis 300.000 Euro pro Person soll steuerfrei bleiben. Vom Vermögen werden Investitions- und Baukredite abgezogen.

Die Gewerbesteuer soll zu einer Gemeindegewerbesteuer weiterentwickelt werden, in die auch Selbständige und Freiberufler einbezogen sind. In die Bemessungsgrundlage sollen jedoch auch ertragsunabhängige Elemente wie gezahlte Schuldzinsen, Mieten, Pachten, Leasingraten einbezogen werden, um Umgehungsmöglichkeiten abzubauen und die Steuereinnahmen der Gemeinden zu stärken. Im Gegenzug könnten die Steuersätze für die Gewerbesteuer gesenkt werden, wovon der Mittelstand und das Handwerk besonders profitieren würden. Die Gewerbesteuerumlage an Bund und Länder soll vollständig abgeschafft werden. Den Gemeinden sollen das Hebesatzrecht und die vollständigen Einnahmen aus der Gemeindegewerbesteuer für kommunale Aufgaben zukommen.

Die Linkspartei.PDS tritt für eine aufkommensneutrale Reform der Grundsteuer ein. Die derzeit niedrigen Einheitswerte als Bemessungsgrundlage der Grundsteuer sollten durch eine realistische gleichheitgemäße Bewertung von Grund- und Immobilienvermögen abgelöst werden, die sowohl ökologischen als auch stadtentwicklungspolitischen Belangen gerecht wird. Die Steuermesszahlen für Grundstücke und für Betriebe der Land- und Forstwirtschaft sollten danach neu festgesetzt werden. Das darauf anzuwendende Hebesatzrecht der Kommunen bleibt erhalten.

Ausländische Fonds

Eine sichere, dem Bedarf entsprechende Wohnung gehört zu den Grundvoraussetzungen sozialer Sicherheit und Menschenwürde. Deshalb sollte auch in Zukunft der Staat Verantwortung für eine qualitativ und quantitativ sichere Wohnungsversorgung wahrnehmen.

Das in Jahrzehnten erworbene und bis heute der sozialen Wohnungsversorgung dienende öffentliche und genossenschaftliche Wohnungsbauvermögen darf nicht einer international agierenden Finanzwirtschaft überlassen werden, die auf Steuerabschreibungen, überdurchschnittliche Renditen aus der Vermietung sowie auf Profite durch kurzfristigen Weiterverkauf spekuliert. Wenn auch im Land Sachsen-Anhalt Wohnungen aus öffentlichen Beständen des Landes und der Kommunen an internationale Finanzkonzerne verkauft werden, halten wir das für sehr bedenklich.

Die Folgen:

Der Einfluss der öffentlichen Hand auf eine sozial ausgewogene Wohnraum- und Stadtentwicklung schwindet und eine soziale Entmischung wird befördert. Die Mieten werden tendenziell wieder steigen.

Bei der sich abzeichnenden Altersarmut wird die öffentliche Hand im Rahmen der Daseinsvorsorge gezwungen, die entstehenden Unterkunftskosten der Senioren zu übernehmen. Gleiche Belastungen kommen auf das Gemeinwesen für ALG II- und Sozialhilfeempfänger zu.

Ein kompletter Verkauf der Wohnungen an Investoren ist für die Stadtentwicklung nicht förderlich und bringt auf Dauer mehr Nachteile als Vorteile. Mit dem Verkauf gehen den Kommunen Steuerzahler verloren, die sich bei ihren geringen Steuereinnahmen negativ auf das Finanzgebaren auswirken.

Wir sind gegen den Verkauf kommunaler Wohnungsunternehmen und Versorgungsbetriebe und wollen stattdessen kommunale Wohnungsunternehmen und -genossenschaften u. a. durch Altschuldenentlastung, bei der Instandsetzung und der Leerstands-beseitigung unterstützen. Wir sind für eine bedarfsgerechte, öffentliche Wohnungsbauförderung vorrangig in Innenstädten und im ländlichen Raum.

REITs

Die Linkspartei.PDS steht den Plänen zur Einführung der Real Estate Investment Trusts (REITs) für den steuerbegünstigten börsennotierten Handel mit Wohnmobilen sehr skeptisch gegenüber. Wohnungen haben neben ihrer wirtschaftlichen eine sehr große soziale Funktion. Deshalb sollten sie nach unserer Auffassung nicht zu Spekulationsobjekten an der Börse werden.

Wir sehen die Gefahr, dass durch das Streben nach kurzfristig maximaler Rendite und deren fast vollständige Ausschüttung an die Anteilseigner immer weniger Geld in den Erhalt und die Qualität der Wohnungen investiert wird. Durch immer häufigere Transaktionen würde die nachhaltige Entwicklung der Wohnungsunternehmen und ihrer Bestände, die relative Stabilität der Wohnungswirtschaft und das erreichte qualitativ hohe Niveau der Wohnungsversorgung aufs Spiel gesetzt werden.

Energiesparmaßnahmen

Die Linkspartei.PDS will nicht nur die Kosten, sondern den Energieverbrauch insgesamt senken. Einen Weg dazu sehen wir in der Einführung des Energie- oder Gebäudepasses. Hier ist eine konsequente Umsetzung der entsprechenden EU-Richtlinie gefordert, damit

Mieter wissen, mit welchen Kosten sie zu rechnen haben und Wohnungsbesitzer motiviert werden, ihren Wohnungsbestand entsprechend umzurüsten. Die Bauwirtschaft würde davon profitieren. Und auch die Forschung in energiesparende Technologien wird in diesem Zusammenhang noch lohnender.

Als Schlüssel zur Senkung der Energiekosten für Haushalte betrachten wir die Förderung regenerativer Energien. Um die regenerativen Energiequellen effizienter ausnutzen zu können und sie marktfähiger, das heißt preiswerter, zu machen, muss in Forschung investiert werden. Wir versprechen uns von der Förderung der Entwicklung beispielsweise von Solarzellen und Windenergiegewinnung mittelfristig die stabile Sicherung der Bereitstellung umweltfreundlicher und preisgünstiger Energie.

Für äußerst wichtig halten wir die dezentrale Energieversorgung. Die Linkspartei.PDS will Monopolstrukturen auf dem Energiesektor entflechten und dadurch Preisdiktaten entgegen wirken. Wir wollen regionale Wirtschaftskreisläufe fördern und der Privatisierungswelle im Bereich der kommunalen Versorgungsunternehmen Einhalt gebieten. Kommunale Stadtwerke mit ihrer umweltfreundlichen Stromerzeugung durch Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) bilden eine Alternative zu Stromlieferungen aus riesigen, oft Hunderte Kilometer entfernten Atom- und Braunkohlenkraftwerken. Die Kommunen brauchen die Gewinne aus dem Energiegeschäft. Wir wollen nicht, dass allein die defizitären (aber wichtigen) Bereiche der Daseinsvorsorge wie beispielsweise der ÖPNV in Verantwortung der öffentlichen Hand verbleiben.

Zum Antidiskriminierungsgesetz

Die Linkspartei.PDS setzt sich seit Bestehen der EU-Richtlinien dafür ein, dass weitgehende Antidiskriminierungsgesetze im Arbeits- und Zivilrecht auf nationaler Ebene umgesetzt werden. Diese müssen auch Alter, Religion, Geschlecht, Weltanschauung, Identität, sexuelle Orientierung und Behinderung beinhalten. Diese Anstrengungen werden wir auf Landesebene fortsetzen. Die PDS-Fraktion hat in der Dritten Legislatur des Landtages intensiv an der Erarbeitung des Gesetzes zur Gleichstellung behinderter und nichtbehinderter Menschen in Sachsen-Anhalt mitgewirkt. Wir treten dafür ein, dieses Gesetz weiter umzusetzen.

Antidiskriminierungspolitik ist aus unserer Sicht nicht unternehmensfeindlich.

VdW/VdWg · Olvenstedter Str. 66 · 39108 Magdeburg

Die Linke. PDS
Landesverband Sachsen-Anhalt
Landesvorstand
Herrn Matthias Höhn
Ebendorfer Str. 3
39108 Magdeburg

2005-12-15
Rie/Mei/Pa

Sehr geehrter Herr Höhn,

im Vorfeld der Landtagswahlen am 26.03.2006 möchten wir Sie – wie in den vorigen Jahren – bitten, uns eine Zusammenfassung Ihrer zukünftigen Vorstellungen zur Wohnungs- und Städtebaupolitik im Land Sachsen-Anhalt bitten.

Wir wären Ihnen sehr dankbar, wenn Sie uns Ihre Ausführungen bis zum 31.01.2006 übersenden könnten, da wir beabsichtigen, eine Zusammenfassung aller Positionen der im Landtag vertretenen Parteien unseren 250 Wohnungsgesellschaften und Wohnungsgenossenschaften (ggf. auch zur weiteren Veröffentlichung gegenüber den Mietern) noch rechtzeitig vor der Wahl zur Verfügung zu stellen.

Auf einen konkreten Fragenkatalog haben wir verzichtet, gehen aber natürlich davon aus, dass die Hauptthemen rund um den Stadtumbau, die Wohnungs- und Städtebauförderung, das Antidiskriminierungsgesetz, die Energieeinsparverordnung (Energieausweis), Arbeitslosengeld II (Kosten der Unterkunft und Heizung) und die Auswirkungen von Verkäufen von Wohnungsgesellschaften und Krediten an ausländische Fonds u. a. angesprochen werden.

Wir wollen Ihre Position auch zum Gegenstand unserer Diskussionsrunde mit den Spitzenkandidaten der Parteien machen, die wir im Rahmen unserer Frühjahrstagung am 15.03.2006 in Magdeburg durchführen werden.

Abschließend möchten wir Ihnen zu Ihrer Information unser Positionspapier „Stadtumbau Ost – Herausforderung für die Städte und die Wohnungswirtschaft“, das anlässlich des Kongresses am 22./23.11.2005 vorgelegte Positionspapier „UNVERZICHTBAR – Kommunale und öffentliche Wohnungsunternehmen sichern vitale Städte“ einschließlich des Vortrages von Christian Ude, Oberbürgermeister Landeshauptstadt München und Präsident des Deutschen Städtetages sowie die Wahlbausteine für die nächste Legislaturperiode des Netzwerkes Stadtumbau in Halle übersenden.

